

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Redaktion: Amst. Dresden Nr. 31307
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Giro-Konto: Nr. 656
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Girsch, Bählaus, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Gostertwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsgesellschaft Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Orschke, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Druckerei: Amst. Dresden Nr. 31307
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden
Anzeigen werden die 6-spaltige Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 30 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Zeichnungen werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeiger zu zahlen. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anwendung gebracht. Rabattpflichtig: d. verspät. Zahlung, Klage od. Konturs d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

248

Freitag, den 23. Oktober

1925

Frankreich hält sein Wort nicht!

Berechtigte deutsche Forderungen

Wie wir erfahren, wird die Reichsregierung in den nächsten Tagen an die alliierten Regierungen eine Note richten, die unter Bezugnahme auf die Ergebnisse der Konferenz von Locarno die sofortige Erledigung der Entwaffnungsfrage fordern wird. In der deutschen Note soll insbesondere auf die deutschen Erklärungen über die Rückwirkungen des Paktes auf die besetzten Gebiete und auf die politischen Redensarten hingewiesen werden, deren Ziel es ist, die noch vorhandenen Konfliktstoffe vor dem Abschluss des Vertrages von Locarno zu beseitigen. Die deutsche Regierung schlägt vor, auf dem Verhandlungswege andere Abmachungen hierüber zu treffen.

Wo bleibt Frankreichs guter Wille?

Aus Paris wird gemeldet: Die offizielle Mitteilung über die gestrige Konferenz im Kriegsministerium soll die öffentliche Meinung Frankreichs auf die bevorstehende Räumung Köln vorbereiten. Es scheint aber nach den Andeutungen einiger gut informierter Zeitungen noch nicht vollkommen sicher (!) zu sein, ob diese Räumung, wie allgemein angenommen wurde, am 15. November oder erst im Dezember stattfinden wird. Dieser an sich bedeutungslose kurze Aufsatz wäre bedenklich, weil dies auf die Stimmung in Deutschland ungünstig einwirken würde. Die französische Auffassung läßt sich in einem Artikel des „Matin“ erkennen, der an der Spitze des Blattes erscheint und von den „Folgen der Verträge“ handelt. Auch Chamberlain sprach vor zwei Tagen von den „logischen Folgerungen aus den Verträgen“. In dem Artikel des „Matin“ wird zunächst noch einmal erklärt, daß die Verträge von Locarno nur dann ihre volle Wirkung ausüben können, wenn sie von der Volksmehrheit in den an ihnen beteiligten Ländern gebilligt werden. Die deutsche Presse rebe fortwährend von Zugeständnissen, die in Locarno zugestanden worden seien. „In Wirklichkeit“ so heißt es in dem Artikel, „ist eine Bedingung vor der Unterzeichnung weder von den Deutschen gestellt, noch von den Alliierten zugelassen worden.“

Dieser Satz ist nur ein Spiel mit Worten. In allen Verhandlungen ist von den deutschen Erwartungen gesprochen worden, die von Briand und Chamberlain mit dem Bemühen um Verständigung erwogen wurden und deren Erfüllung in Aussicht gestellt worden ist. Darüber bedarf es nicht mehr vieler Worte. Auch im „Matin“ wird einige Zeilen weiter gesagt, daß „alle an den Rheinlandfragen interessierten Minister darin einig geworden sind, Luther und Stresemann zu erklären, daß der vom Garantepakt geschaffene Zustand wichtige Modifikationen im Charakter der Befugung herbeiführen müsse.“

Danach folgt die Feststellung, daß die Bemühung Deutschlands, die Wünsche für die Abrüstung zu erfüllen, offiziell anerkannt wird, und daß es der Vorkonferenz voranschreitend möglich sein wird, ein Datum für die Räumung Köln anzusetzen. Jetzt folgt eine Stelle, über die eine offizielle Erklärung erwünscht wäre. „Aus technischen Gründen wird dieses Datum nicht so nahe sein können, wie manche glauben; die Räumung Köln wird kaum vor dem Monat Dezember erfolgen können. Jedoch bereits die Tatsache, daß ein Datum angelehrt wird, muß die Aufgabe der Regierung vor dem Reichstag erleichtern.“ (Dazu kann man nur sagen, daß es dringend zu wünschen wäre, wenn die „technischen Gründe“ von der Bot-

Die Reichsregierung in der Klemme!

Die unzu'riedenen Deutschnationalen

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages ist der Gegensatz zwischen den Deutschnationalen und den leitenden Staatsmännern der Regierung Luther-Stresemann offen zum Ausbruch gelangt. Das Reichskabinett hatte vor Beginn der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses seine Beratungen zum Abschluss gebracht und ließ durch Dr. Luther und Dr. Stresemann die Auffassung der Regierung vortragen. Ihre Gedankengänge bewegen sich in der Richtung, daß man die nächsten Wochen dazu benutzen müsse, die Lösung der politischen Nebenfragen und der Rückwirkungen des Paktes auf die Rheinlandbesetzung in befriedigender Weise herbeizuführen. Hierzu sind bereits die diplomatischen Vorbereitungen des Reichskabinetts soweit gediehen, daß

schon in kürzester Frist mit einem offiziellen Gedankenaustrausch zwischen Berlin, Paris, London und Brüssel zu rechnen

sein wird. Zur größten Ueberraschung der Regierungsvertreter und der anderen Parteien gaben die Vertreter der Deutschnationalen Reichstagsfraktion jedoch die von uns schon in einem Teil der gestrigen Auflage veröffentlichte Erklärung ab, daß man in dem Ergebnis der Verhandlungen von Locarno nicht die Erfüllung der Forderungen sehe, die den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes gerecht werden. Die Deutschnationale Fraktion erklärt schon jetzt, daß sie keinem Vertrag zustimmen werde, der diesen Lebensnotwendigkeiten nicht gerecht wird und der insbesondere einen Verzicht auf deutsches Land und Volk nicht ausschließt.

Nach Auffassung der maßgebenden Kreise der Regierungsparteien sind durch dieses Vorgehen der Deutschnationalen

ernste innenpolitische Schwierigkeiten

geschaffen worden, die nur dann beseitigt werden können, wenn es gelingt, die Auffassung der Reichsregierung mit der der Deutschnationalen in Einklang zu bringen. Der Gegensatz besteht darin, daß die Reichsregierung sich rüchaltlos hinter den Reichskanzler und den Außenminister stellt und das Vorgehen der deutschen Delegation in Locarno billigt, während die Deutschnationale Reichstagsfraktion sich auf den Standpunkt stellt, daß die erzielten Erfolge nicht den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Politik entsprechen. Im Gegensatz zu den Vertretern der

Reichsregierung betonen die Deutschnationalen, daß der Vertrag von Locarno weiter nichts bedeute, als die nochmalige Anerkennung des Versailleser Diktates und den endgültigen Verzicht auf deutsches Gebiet. Demgegenüber wird von maßgebender Regierungsseite darauf hingewiesen, daß in keiner Stelle des Vertragswortes von einem Verzicht auf die abgetretenen Gebiete die Rede sei und daß namentlich hinsichtlich der deutschen Ostgrenzen jede Garantierung des gegenwärtigen polnischen Bestandes abgelehnt wurde.

Der Vertrag von Versailles als solcher habe überhaupt nicht mehr zur Erörterung gestanden, so daß in keiner Weise der Vorwurf berechtigt sei, Deutschland sei zur nochmaligen Anerkennung des Friedensvertrages gezwungen worden. Die führenden Parlamentarier der Deutschen Volkspartei, die die neugeschaffene Situation sehr ernst beurteilen, sind der Meinung, daß es möglich sein werde, den Gegensatz zwischen der Regierung und den Deutschnationalen zu überbrücken.

Die Volkspartei hinter Stresemann

Die führenden Kreise der Deutschen Volkspartei haben jetzt ebenfalls die Besprechungen über die Locarno-Verträge ausgenommen. Wie wir hören, hat Stresemann nunmehr die Initiative ergriffen, um die Organisations der Volkspartei über den Charakter der Paktverträge zu informieren und die einheitliche Stellungnahme der Partei festzustellen. Stresemann wird sich nach Karlsruhe begeben, um dort in einer hochpolitischen Rede die Ergebnisse der Konferenz von Locarno darzulegen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Deutsche Volkspartei sich mit aller Entschiedenheit hinter Dr. Stresemann stellen wird.

Der Kanzler verhandelt

Reichskanzler Dr. Luther wird nunmehr die Besprechungen mit den deutschnationalen Führern fortsetzen, um eine einheitliche Auffassung über die außenpolitischen Entscheidungen herbeizuführen. In politischen Kreisen verlautet, daß der Reichskanzler auch die Führer der anderen Regierungsparteien, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, zu diesen Verhandlungen hinzuziehen und auf die Gefahren aufmerksam machen wird, die sich aus einem Fortbestehen der Meinungsverschiedenheiten über die Locarno-Verträge ergeben könnten.

Reichsregierung betonen die Deutschnationalen, daß der Vertrag von Locarno weiter nichts bedeute, als die nochmalige Anerkennung des Versailleser Diktates und den endgültigen Verzicht auf deutsches Gebiet.

Demgegenüber wird von maßgebender Regierungsseite darauf hingewiesen, daß in keiner Stelle des Vertragswortes von einem Verzicht auf die abgetretenen Gebiete die Rede sei und daß namentlich hinsichtlich der deutschen Ostgrenzen jede Garantierung des gegenwärtigen polnischen Bestandes abgelehnt wurde.

Der Vertrag von Versailles als solcher habe überhaupt nicht mehr zur Erörterung gestanden, so daß in keiner Weise der Vorwurf berechtigt sei, Deutschland sei zur nochmaligen Anerkennung des Friedensvertrages gezwungen worden.

Die führenden Parlamentarier der Deutschen Volkspartei, die die neugeschaffene Situation sehr ernst beurteilen, sind der Meinung, daß es möglich sein werde, den Gegensatz zwischen der Regierung und den Deutschnationalen zu überbrücken.

Die Volkspartei hinter Stresemann

Die führenden Kreise der Deutschen Volkspartei haben jetzt ebenfalls die Besprechungen über die Locarno-Verträge ausgenommen. Wie wir hören, hat Stresemann nunmehr die Initiative ergriffen, um die Organisations der Volkspartei über den Charakter der Paktverträge zu informieren und die einheitliche Stellungnahme der Partei festzustellen. Stresemann wird sich nach Karlsruhe begeben, um dort in einer hochpolitischen Rede die Ergebnisse der Konferenz von Locarno darzulegen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Deutsche Volkspartei sich mit aller Entschiedenheit hinter Dr. Stresemann stellen wird.

Der Kanzler verhandelt

Reichskanzler Dr. Luther wird nunmehr die Besprechungen mit den deutschnationalen Führern fortsetzen, um eine einheitliche Auffassung über die außenpolitischen Entscheidungen herbeizuführen. In politischen Kreisen verlautet, daß der Reichskanzler auch die Führer der anderen Regierungsparteien, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, zu diesen Verhandlungen hinzuziehen und auf die Gefahren aufmerksam machen wird, die sich aus einem Fortbestehen der Meinungsverschiedenheiten über die Locarno-Verträge ergeben könnten.

Rechnungen, noch mündliche Versprechungen abgegeben. Es wurde lediglich festgestellt, daß eine neue Politik neue Methoden mit sich bringe, und die zwischen Deutschland und den Alliierten schwebenden Fragen in einem neuen Geiste geprüft werden könnten.

Zum Schluss erhebt der „Temps“ Einspruch gegen das von Dr. Farrel aufgestellte Programm und weist darauf hin, daß von einer Erleichterung des Besatzungsregimes und von einer Herabsetzung des jetzigen Zustandes im Saargebiet nicht die Rede sein könne. Auch eine Einschränkung der Befugnisse der Interalliierten Rheinlandkommission könne von Deutschland nicht verlangt werden.

Aus diesen französischen Pressstimmen geht unzweifelhaft hervor, daß Frankreich bemüht ist, die mündlichen und unverbindlichen Zusicherungen Briands einzuziehen. Was sagten wir doch bei der Bekanntgabe des Vertragsabschlusses? — Keine vorzeitige Zulassenheit. D. Schriftl.)

Der deutsche Sieg im Memelland

Eine der vielen Sinnwidrigkeiten des Versailleser Vertrages ist die Bestimmung des Artikels 20, wonach Deutschland auf alle Rechte und Ansprüche auf die Gebiete zwischen der Ostsee, der Nordostgrenze Ostpreußens, wie sie in Artikel 28 dieses Vertrages festgelegt ist, und den alten Grenzen zwischen Deutschland und Rußland, kurz gesagt also auf das Memelland, zu verzichten hatte. Das auf diese Weise von Deutschland wegempfundene Gebiet wurde zunächst im Auftrag des Völkerbundes von französischen Beamten verwaltet. Litauen bemühte sich im Laufe der Jahre eifrig, es sich vollkommen einzugliedern. Das ist den Herrschaften in Romo jedoch trotz aller raffinierter Beeinflussungsarbeit nicht gelungen; es ist vielmehr im sog. Memelabkommen ausdrücklich die Autonomie des Memelgebietes festgesetzt worden, das eine gesetzgeberische, finanzielle und verwaltungsrechtliche Einheit bildet und nur die Staatshoheit Litauens über sich hat. Nun brachten es die Großlitauer zwar eine Zeitlang dahin, daß sich die Niederlegung der Ratifikationsurkunden über das Memelabkommen durch die Unterzeichnermächte hinauszog. Aber schließlich waren alle Verschleppungsmittel erschöpft. Frankreich ratifizierte als letzte Macht, und es mükten nunmehr die Wahlen zum Memeler Landtag von der litauischen Regierung ausgeschrieben werden.

Sie haben, wie nicht anders zu erwarten war, einen glänzenden Sieg des Deutschtums gezeitigt. Zwei Gruppen standen sich im Wahlkampf gegenüber. Hier suchten die großlitauischen Gesinnten und eine zur Verkleinerung ihres wahren Wesens sich Autonomiebund nennende Gruppe für ein vollkommenes Aufgehen des Memelgebietes in Litauen Stimmung zu machen. Doch sammelten sich in entschlossener Abwehr alle deutschen Elemente der Bevölkerung in der memelländischen Einheitsfront, die wirklich ein erhebendes Beispiel für einmütige Verteidigung nationaler Güter bot und für die Substanz deutschen ein gutes Beispiel sein sollte. Der Kinn umfaßte alle deutschen Kreise von der Landwirtschaft auf dem rechten bis zur Sozialdemokratie auf dem linken Flügel. Amor hatten auch die Deutschen einzelne Parteikräfte aufgestellt; diese waren aber alle untereinander verbunden, so daß keine Stimme verloren ging. Die Wahlbeteiligung war anaerisch der außerordentlich wichtigen Entscheidung hervorgerufen. Fast überall haben 90 Prozent der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht ausgeübt. Um so beachtlicher ist daher auch der Wert des Wahlergebnisses.

Im memelländischen Landtag werden die Volkspartei mit 11, die Landwirtschaftspartei mit 11 oder 12, die Sozialdemokratie mit 4 oder 5 Sitzen vertreten sein, während die großlitauischen Parteien mit Gängen und Wärgen einen einzelnen Sitz erachtet haben und die übrigen Sonderpartyschen einschließlich der Kommunisten leer ausgegangen sind. Von Litauen war zwar eine mögliche Verleugung worden, die Wahl im Sinne der Sownoer Reichshaber zu beeinflussen. Aber alle derten und seinen Vorbeverfische vraften wirkungslos ab an dem stählernen Abwehrmiffen der Deutschen Vernichtender, niederschmetternder kann wohl kaum eine Wahlniederlage gedacht werden, als die

Hört, hört!

Der Pariser „Temps“ weist darauf hin, daß sich die Deutschen im Irrtum befinden, wenn sie glauben, daß die Alliierten irgendwelche bindende Abmachungen gegenüber der deutschen Delegation eingegangen wären.

Das Blatt stellt fest, daß außer dem Paktvertrag nichts vereinbart worden sei. Die deutsche Presse spreche zu Unrecht von Versprechungen, die nicht gemacht worden seien. Es heißt dann wortlich:

„Im Laufe der offiziellen Verhandlungen in Locarno, die der allgemeinen politischen Lage galten, wurden weder schriftliche Zu-